Gemeinsame Stellungnahme aller freien Träger (Diakonie/Stadtmission, Caritas, Arbeiterwohlfahrt und Paritätischer) zu den Auswirkungen der Sparbeschlüsse im Bereich Erzieherische Hilfen

Die Auswirkungen der Sparbeschlüsse des Stadtrates und die vom Jugendamt und Allgemeinen Sozialdienst (ASD) beschlossenen Umsetzungen wie z.B. zeitliche Begrenzung von Hilfen u.ä. sind in der Berichtsvorlage des Jugendamtes deutlich dargestellt. Neben diesen eher fiskalischen Betrachtungen stellen wir stärker die **sozialpädagogischen und sozialpolitischen Gesichtspunkte** in den Vordergrund und verstehen sie als konstruktiven Beitrag, um Probleme und Auswirkungen rechtzeitig aufzuzeigen.

Freie **und** öffentliche Träger haben den **gemeinsamen Auftrag**, zum Wohl von Kindern, Jugendlichen und Familien tätig zu werden. Beide gemeinsam sind Dienstleister gegenüber Leistungsempfängern, die einen **Rechtsanspruch** auf eine fachlich gebotene Hilfe haben. Hierzu sind von allen Beteiligten ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Folgerichtig beinhalten Controlling und Steuerung nicht nur „den Blick auf die Finanzen“, sondern sorgen auch dafür, dass die **richtige Hilfe zur rechten Zeit** (frühzeitig/präventiv) erfolgt. Somit muss sich Steuerung immer auch daran messen lassen, ob der berechnete Anspruch auf Hilfe zur Erziehung beschränkt, beeinträchtigt oder gefördert wird.

Die freien Träger akzeptieren die Steuerungsverantwortung des öffentlichen Trägers und schätzen den konstruktiven Umgang bei der Umsetzung der gefassten Sparbeschlüsse. **Inbesondere betonen wir die gute Zusammenarbeit mit den Fallverantwortlichen des ASD. Wir unterstützen ebenfalls jegliche Form des fachlichen Controlling wie z.B. halbjährliche Hilfeplangespräche, Zielüberprüfungen und Evaluation.**

Folgende Problemfelder sind allerdings aus unserer Sicht differenzierter zu betrachten bzw. erfordern eine Umsteuerung:

1. Rechtsanspruch und Mitwirkungspflichten

Realität in der Jugendhilfe ist, dass die erwünschte Mitwirkungsbereitschaft von vielen Eltern des Jugendhilfeklientel nicht geleistet werden kann. Gerade diese Tatsache stellt einen Teil der Notwendigkeit der Hilfe dar. Bisher wurde hierüber in den jeweiligen Fällen immer Konsens mit den zuständigen ASD-Mitarbeiter/-innen hergestellt. Seit Einführung der Sparmaßnahmen besteht die Tendenz, dass die „rote Karte“ gegenüber Eltern leichter und häufiger gezogen wird. Gestützt wird dies durch die Richtlinie im Sparpaket: **mangelnde Mitwirkungsbereitschaft ist mit Überprüfung der Hilfe zu beantworten.**

Hier sehen wir die Gefahr, gerade die schwächsten Familien mit den geringsten Lösungskompetenzen durch die Jugendhilfe nicht mehr zu erreichen.

2. Erziehungsbeistandschaften

Nach aller fachlicher Erfahrung und auch nach Aussage von ASD-Mitarbeiter/-innen steht die im Sparpaket deutlich **verkürzte Hilfedauer** bei Erziehungsbeistandschaften (6 Monate bzw. 90 Fachleistungsstunden) in keinem vernünftigen Verhältnis zu einem nachhaltig wirksamen, fachlichen Auftrag und produziert zusätzlich einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand. Es besteht das Risiko, dass Erziehungsbeistandschaft nicht mehr als ausreichend dauerhaft angelegte Hilfe betrachtet wird und in Kürze aus der Angebotspalette verschwindet.

Wir plädieren dafür, dass Bedarf und geplante Hilfedauer künftig auf der Grundlage der sozialpädagogischen Diagnostik festgelegt werden.

3. Sozialpädagogische Familienhilfen (SpfH)

Die psychischen und materiellen Beeinträchtigungen in vielen Familien und die daraus resultierenden Problemlagen entwickeln sich in aller Regel über etliche Jahre und führen oft zu sogenannten „Multiproblem-Familien“: Arbeitslosigkeit zerstört Selbstwertgefühle, Alkohol, Drogen und Gewalt führen zu Verwahrlosung und Kindeswohlgefährdung, Sprachprobleme zu Ausgrenzung und Depressionen. Eine Überforderung im Umgang mit unterschiedlichen Problemen führt bei einzelnen Familienmitglieder zu auffälligen Verhaltens- und Beziehungsmustern und in aller Regel zu Rückständen in der Persönlichkeits- und Selbständigkeitsentwicklung.

Die zeitliche Befristung auf 12 Monate erscheint angesichts der o.g. Problemlagen fachlich fraglich. Auch hier ist es sinnvoller, die sozialpädagogische Diagnose zur Grundlage fachlichen Handelns zu machen.

Seit Inkrafttreten des Sparauftrages stellen wir trägerübergreifend einen Rückgang der Fallzahlen um ca. 30% fest. Gemessen am Bedarf, den insbesondere auch Schulen, Kindertagesstätten und Erziehungsberatungsstellen uns freien Trägern melden, ist diese Fallzahlabenkung unverständlich. Benötigt wird insbesondere im Bereich der SpfH eine sorgfältige, gemeinsame Auswertung der bisherigen „Zielerreichungen“ und eine flexiblere Handhabung bei der Entscheidung über Verlängerungen der Maßnahmen.

4. Betreutes Wohnen und Hilfe für junge Volljährige

Die Verkürzung der Hilfedauer für junge Menschen im Übergang in das junge Erwachsenenalter erfordert eine am Einzelfall orientierte Begleitung und Beratung. Insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit benötigt eine sorgfältige Abstimmung bei einem Wechsel zu arbeitsagentur- oder bezirksfinanzierten Maßnahmen.

Im Interesse der anspruchsberechtigten jungen Menschen erwarten wir die Sicherstellung eines lückenlosen Übergangs zu einem anderen Kostenträger.

5. Heimerziehung

Der Rückgang von über einem Drittel aller Fälle in 2005 im Vergleich zu den durchschnittlichen Fallzahlen von 2002 – 2004 ist erklärungsbedürftig. Weder können wir bestätigen, dass vor Beginn des Sparpaketes Kinder und Jugendliche zu leichtfertig in Wohngruppen und Heime untergebracht wurden, noch lässt sich auf Grund einer positiven Steuerung (z.B. mehr ambulante Maßnahmen) dieser drastische Rückgang begründen. Positiv bleibt hier zu vermerken, dass die wohnortnahe Unterbringung prozentual gestiegen ist.

6. Strukturelle Probleme

Wir stellen als freie Träger seit Einführung des Sparpaketes eine offenbar gestiegene Mitarbeiterfluktuation beim ASD Nürnberg fest. Dies hat gewiss auch mit Versetzungen zur ARGE zu tun und führte z.T. zu einer Ausdünnung der Personalkapazitäten. Verbunden mit diesen Umstellungen kommt es zu häufig wechselnden Fallverantwortlichkeiten und einem dadurch bedingten erhöhten Zeitaufwand für Einarbeitungen. Ob eine eher zögernde und langsame Aufnahme von Hilfeleistungen möglicherweise auch andere, insbesondere wirtschaftliche Gründe hat, wird unsererseits sorgfältig beobachtet.

Nicht hinzunehmen ist eine feststellbare Tendenz zur Verzögerung bei der Gewährung von Hilfen, die in manchen Familiensituationen Krisen zuspitzt und wertvolle Entwicklungszeiten verstreichen lässt.

Alle freien Träger und Anbieter von Hilfen zur Erziehung sind bereit, die anstehenden Umstrukturierungen mitzugestalten und an fachlich guten Lösungen im Sinne der anspruchsberechtigten Menschen mitzuarbeiten. Das vorgelegte Sparpaket war ein weiterer Schritt, der angespannten Haushaltslage gerecht zu werden. Notwendig ist nun eine Überprüfung sowohl der Zahlen als auch der Wirkungen und die Bereitschaft aller Beteiligten, entsprechende Korrekturen vorzunehmen. Einseitige Einsparungen im Bereich der erzieherischen Hilfen sind keine Antwort auf die zunehmenden sozialen Nöte von Kindern und Familien in der Stadt. Die soziale Wirklichkeit hat sich in Nürnberg in den letzten Jahren nicht verbessert und so sind Hilfen zur Erziehung vielmehr eine unverzichtbare Zukunftsaufgabe, die mittel- und langfristig betrachtet eine kostensenkende Investition für die öffentlichen Haushalte darstellt.

Nürnberg, 26. September 2005

**Arbeiterwohlfahrt Nürnberg
Caritasverband Nürnberg
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Stadtmission Nürnberg**